27. Besteht, neben der eventuellen Haftbarkeit des Brennereibesizers für seine Leute und Angehörige, nach §. 60 der preussischen Steuerordnung vom 8. Februar 1819 (pr. G. S. S. 102) auch eine primäre Haftbarkeit desselben in den Fällen, wo der eigentliche Thäter nicht hat ermittelt werden können?

II. Straffenat. Urtr. v. 28. Mai 1880 g. v. S. Rep. 767/80.

I. Strafkammer bei dem Amtsgerichte Straßburg.

Aus den Gründen:

„Die Strafkammer hat als erwiesen angenommen, daß in der Branntweinbrennerei des Angeklagten am 1. Februar 1878 der in abnehmender Gärung befindliche Bottich Nr. 5 nur zu drei Viertel mit Maische besetzt, die Maische teilweise durch die Maischleitungsröhre nach dem undeckelten Bottich Nr. 3 abgelaufen und das Abzugsloch aus Bottich Nr. 5 nach dem Apparate offen und ohne Stöpsel war, welcher letztere etwa drei Fuß von dem Bottich Nr. 5 an dem Boden lag.

Es ist ferner angenommen, daß der Stöpsel durch menschliche Kraft herausgezogen, die Person aber, welcher diese Ordnungswidrigkeit zur Last falle, nicht zu ermitteln gewesen sei.

Darauf hin wurde Angeklagter als derjenige, auf dessen Rechnung die Brennerei betrieben wurde (Brennereibesitzer), der Maischsteuerkontravention schuldig erkannt, weil die Zubereitung von Maische in einem anderen als dem angesagten Gefäße, nämlich in dem Bottich Nr. 3, vorgenommen worden sei, und auf Grund der Ordnung zum Gesetz

wegen Versteuerung des inländischen Branntweines vom 8. Februar 1819 (G.S. S. 102) und Ziff. 5 der Kabinettsordre vom 10. Januar 1824, die Erhebung der Maischsteuer betreffend (abgedruckt bei von Kampff, Annalen Bd. VIII S. 48, Jahrbuch Bd. XXIII S. 95), in die an letzterem Orte angedrohte Strafe von jetzt 300 Mark verurteilt, auch die Einziehung des Maischbottichs Nr. 3 ausgesprochen.

Zur Begründung dieser Verurteilung ist das erkennende Gericht davon ausgegangen, daß nach den Grundsätzen der Steuerordnung vom 8. Februar 1819 der Brennereibesitzer in erster Linie für die bei dem Betriebe der Brennerei etwa begangenen Defraudationen und Konventionen strafrechtlich verantwortlich sei und nur bezüglich der in §. 83 daselbst genannten Personen, wenn deren Thäterschaft festgestellt worden, eine subsidiäre Haftbarkeit bestehe; weder durch die Kabinettsordre vom 10. Januar 1824 und das preussische Gesetz vom 21. September 1860 (G.S. S. 433), noch durch das Gesetz für den norddeutschen Bund vom 8. Juli 1868 (N.B.G.W. S. 403) sei in der hier in Betracht kommenden Richtung etwas geändert, daß die primäre Haftbarkeit des Brennereibesitzers nur weg falle, wenn der Thäter ermittelt sei.

Es läßt sich dieser Rechtsstandpunkt, soweit es sich um die unter §. 60 der Steuerordnung vom 8. Februar 1819 und Ziff. 5 der preussischen Kabinettsordre vom 10. Januar 1824 fallenden, hier allein in Frage stehenden Übertretungen handelt, als unrichtig nicht erkennen.

Nach §. 60 der Steuerordnung vom 8. Februar 1819 und dem die Maischbottichsteuer an Stelle des Blaseninzses setzenden Regulative vom 1. Dezember 1820 soll der Branntweinbrenner, welcher Gewerbs- handlungen, von deren Ausübung dem Staate eine Abgabe zu entrichten ist, mithin, nach der gegenwärtigen Erhebungsweise der Branntweinsteuer, auch die Einmaischung zum Zwecke der Spiritusbereitung, nicht oder unrichtig anzeigt, mit der Defraudationsstrafe belegt werden, an deren Stelle zufolge der gedachten Kabinettsordre vom 10. Januar 1824 eine Geldstrafe von 100 Thln. nebst Konfiskation der gebrauchten Gefäße getreten ist, sofern nicht die Absicht einer Verkürzung der Steuer nachgewiesen wird.

Bei der vorliegenden thatsächlichen Nothwendigkeit, daß, wer die Branntweinbrennerei betreibt, sich dabei der Hilfe dritter Personen be-

dienen muß und den Zutritt dritter Personen in die Brennereiräumlichkeiten nicht verhindern kann, muß diese Bestimmung dahin aufgefaßt werden und ist auch in einer langjährigen Praxis des obersten Gerichtshofes in Preußen¹ stets dahin aufgefaßt worden, daß der Brenner, d. h. derjenige, welcher die Brennerei betreibt, für alle in derselben vorgenommenen steuerpflichtigen Gewerbebehandlungen die Verantwortlichkeit trägt und, wenn der eigentliche Thäter, oder wie es in §. 83 daselbst heißt, der „eigentliche Verbrecher“ auch von der Strafe nicht frei wird, die alleinige Verantwortlichkeit des Brennereibesizers wenigstens dann fortbesteht, wenn der eigentliche Thäter durch die Untersuchung nicht ermittelt wird.

Diese Haftbarkeit, welche auf die Verpflichtung desjenigen, der ein derartiges, den Steuerfiskus nach der finanziellen Seite erheblich interessierendes Gewerbe betreibt, zurückzuführen ist, dafür zu sorgen und mit seiner Person dafür einzustehen, daß von seiten derjenigen, welche Eintritt in die Betriebsräumlichkeiten erlangen, nichts geschehe, was die fiskalischen Interessen in der hier in Frage stehenden Richtung verletzt, mag im allgemeinen hart sein und im einzelnen Falle zu Unbilligkeiten führen, aber sie erscheint gerechtfertigt gegenüber der Leichtigkeit, womit die Verübung von Steuerdefrauden möglich ist, wenn nicht durch Hereinziehung des Brennereibesizers in den Kreis derjenigen, welche an der Nichtverübung ein Interesse haben, die Kontrolle gegen die Ordnungswidrigkeiten Dritter verschärft würde. Der strafrechtliche Gesichtspunkt, unter welchen hiernach das Verhalten des Brennereibesizers fällt, ist derjenige einer formalen Omission.

Hieran hat weder das preussische Gesetz vom 21. September 1860 noch das Gesetz für den norddeutschen Bund vom 8. Juli 1868 etwas geändert; denn beide beziehen sich nicht auf eine primäre Haftbarkeit des Branntweinbrenners, sondern dessen subsidiäre Haftbarkeit für seine Leute und Angehörige, wie solche der §. 83 der Steuerordnung in verschärfter Form ebenfalls neben der primären Haftbarkeit bereits eingeführt hatte, läßt also die letztere, wie sie bestand, unberührt.“

¹ Oppenhoff, Rechtsspr. VI. 144. VII. 106. 676. IX. 354. XIII. 322. XV. 346. XVII. 195. XX. 349.